



Studiengebühren nur teilweise investiert

VON HEINZ TUTT,
27.06.07, 20:55h, AKTUALISIERT 27.06.07, 20:59h



Der Albertus-Magnus-Platz an der Uni Köln.

[Artikel mailen](#)
[Druckfassung](#)

Vor allem die Medizinische Fakultät ließ die Semesterbeiträge versickern.

Düsseldorf - Erstmals hat die Universität zu Köln einen Verwendungsnachweis für die im Wintersemester 2006 / 07 eingennommenen Studiengebühren vorgelegt. Dabei hat sich herausgestellt: Die Medizinische Fakultät hat keinen Cent für die Verbesserung der Studienbedingungen ausgegeben. Die Studenten können die

Studiengebühren aber nicht zurückfordern, sagte der Pressesprecher der Uni.

Das Geld floss im vergangenen Jahr noch nicht so üppig, da 2006 nur die Erstsemester zur Kasse gebeten wurden. 3481 Studienanfänger zahlten insgesamt 1,74 Millionen Euro an die Uni. Nach Abzug von Verwaltungskosten (76 260) und Geld für den Ausfallfonds (400 315) blieben netto 1 263 925 Euro übrig.

Die Hälfte dieser Summe erhielten die Fakultäten als ungebundene Zuweisung, 25 Prozent wurde zweckbestimmt verteilt, und die restlichen 25 Prozent sind in einen Rektorats-Pool geflossen, aus dem fakultätsübergreifende Projekte gefördert werden. Das vergangene Semester war sozusagen ein Probelauf für alle Beteiligten. Die Fakultäten mussten sich erst an die neuen Geldquellen gewöhnen. Wenn künftig alle Studenten 500 Euro Semestergebühren bezahlen müssen, rechnet die Uni mit 25 bis 30 Millionen Euro im Jahr.

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät zeigte keine Scheu vor großen Beträgen. Die Fakultät gab nicht nur die ihr zustehenden 151 000 Euro aus, sondern ging gleich mit knapp 20 000 Euro in die Miesen. Das Geld wurde für Studienberatung und Tutorien ausgegeben. Uni-Pressesprecher Patrick Honecker sieht kein Problem darin, dass die Wiso-Leute schon einmal im Vorgriff auf künftige Einnahmen das Konto überzogen haben.

Die Juristen agierten da schon vorsichtiger. 94 000 Euro hätte die Fakultät zusätzlich ausgeben können, tatsächlich wurden aber nur 46 000 Euro verbraucht - zur Erstellung von Vorlesungsskripten. Juristen sind ja ohnehin ans Selbststudium gewöhnt. Vielleicht hätten aber zusätzliche Lehrbücher und Kommentare in der Bibliothek die Situation für die Studenten erleichtern können. Die Philosophische Fakultät gab 170 000 von 200 000 Euro, die Naturwissenschaftler 118 000 Euro, jeweils überwiegend für Tutorien aus.

Bei den Medizinern scheint sich der neue Geldsegen noch nicht herumgesprochen zu haben. Mit 34 000 Euro hätte die Fakultät die Studiensituation verbessern können, doch es wurde kein Cent investiert. Die Mediziner hätten keinen Nachwuchsmangel, kommentierte Honecker, die Fakultät sei ohnehin gut ausgestattet. Deshalb könnten die Studenten auch ihre Semesterbeiträge nicht zurückfordern. Dies gehe nur, wenn die Studenten eine schlechte Studiensituation nachweisen könnten.

Unterdessen glauben die meisten Studenten in Bundesländern mit Studiengebühren, dass dieses Geld nicht zur Verbesserung der Lehre eingesetzt wird. Nach einer Studie der Universität Stuttgart-Hohenheim gehen 71,2 Prozent der Gebührenzahler davon aus, dass sich die Situation trotz der zusätzlichen Mittel nicht verbessert. Nach einer Auswertung von knapp 5000 Interviews an allen 48 Universitäten mit Studiengebühren lehnen 60 Prozent der zahlenden Studierenden die Gebühren weiterhin ab, und nur 14,8 Prozent konnten bereits spürbare Verbesserungen im Sommersemester feststellen.